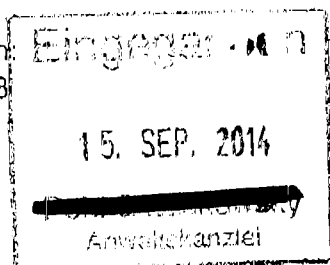


Ausfertigung

Aktenzeichen:  
41 C 5339/13

Amtsgericht Stuttgart

Im Namen des Volkes

## Urteil

In dem Rechtsstreit

[REDACTED]  
Inhaber der Autovermietung [REDACTED]  
- Kläger -

Prozessbevollmächtigte:  
Rechtsanwälte [REDACTED]  
[REDACTED]

gegen

[REDACTED] **Versicherung AG**, vertreten durch d. Vorstand, dieser durch seinen  
Vorsitzenden [REDACTED]  
[REDACTED]  
- Beklagte -

Prozessbevollmächtigte:  
Rechtsanwälte [REDACTED]  
[REDACTED]

wegen Ersatz von Mietwagenkosten

hat das Amtsgericht Stuttgart durch den Richter am Amtsgericht Schumacher auf Grund der  
mündlichen Verhandlung vom 30.07.2014 für Recht erkannt:

1. Die Beklagte wird verurteilt, an den Kläger 890,01 € nebst Zinsen hieraus in

Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit 10.01.2014 zu zahlen.

Im Übrigen wird die Klage abgewiesen.

2. Von den Kosten des Rechtsstreits haben der Kläger 63% und die Beklagte 37 % zu tragen.
3. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar. Die Beklagte kann die Vollstreckung des Klägers durch Sicherheitsleistung in Höhe von 110 % des aufgrund des Urteils vollstreckbaren Betrags abwenden, wenn nicht der Kläger vor der Vollstreckung Sicherheit in Höhe von 110 % des zu vollstreckenden Betrags leistet.

## Beschluss

Der Streitwert wird auf 2.405,51 € festgesetzt.

## Tatbestand

Der klägerische Mietwagenunternehmer verlangt aus abgetretenem Recht Mietwagenkosten aus fünf Verkehrsunfällen.

Die Haftung der Beklagtenseite dem Grunde nach ist unstreitig.

Die Parteien streiten allein um die Höhe der jeweils zu erstattenden Kosten.

Für die von Klägerseite vorgetragenen Daten der Schadensfälle 1-5 wird auf die Klagschrift, Seite 3 bis Seite 13 Bezug genommen.

Der Kläger ist der Auffassung, dass die ortsüblichem Mietwagenkosten nach der

Schwackeliste zu berechnen seien.

In den Schadensfällen 2 und 5 sei ein Aufschlag wegen einer Eil – und Notsituation gerechtfertigt.

Der Kläger beantragt:

Die Beklagte wird verurteilt, an den Kläger 2405,51 € nebst Zinsen i.H.v. 5 Prozentpunkten jährlich über dem Basiszinssatz seit Rechtshängigkeit zu zahlen.

Die Beklagte beantragt, die Klage abzuweisen.

Die Beklagten sind in allen Schadensfällen der Auffassung, dass die ortsüblichen Mietwagenpreise nach der Frauenhofer-Liste zu berechnen seien.

Darüber wendet die Beklagte folgendes ein:

Im Schadensfall 1 sei Verjährung eingetreten.

Im Schadensfall 2 sei wegen einer täglichen Fahrleistung von 31,5 km ein Mietfahrzeug nicht erforderlich gewesen. Es bestehe weiter kein Anspruch auf einen Zuschlag für Winterreifen.

Im Schadensfall 3 sei wegen einer täglichen Fahrleistung von 34,6 km ein Mietfahrzeug nicht erforderlich gewesen. Die Kosten der Haftungsbefreiung seien nicht in der Rechnung angegeben. Es sei ein Abzug von 10 % ersparter Eigenaufwendungen vorzunehmen.

Im Schadensfall 4 seien keine Kosten für Zustellung und Abholung geschuldet. Die Erforderlichkeit des Mietfahrzeuges wird bestritten. Es sei ein Abzug von 10 % ersparter Eigenaufwendungen vorzunehmen.

Im Schadensfall 5 seien keine Kosten für Zustellung und Abholung geschuldet. Die Höhe des behaupteten Mietpreises wird bestritten. In der Rechnung seien keine Kosten für die Haftungsbefreiung angegeben. Ein Abzug von 10 % ersparter Eigenaufwendungen sei vorzunehmen.

Replizierend ist der Kläger der Auffassung, dass im Schadensfall 1 Verjährung nicht eingetreten sei. Des Weiteren vertieft der Kläger seinen Vortrag zur Eil- und Notsituation in den Schadensfällen 2 und 5 unter Vorlage schriftlicher Erklärungen der jeweils Geschädigten.

Duplizierend trägt die Beklagte vor, dass der Kläger im Schadensfall 5 eine Schadensersatzforderung aus dem Jahr 2010 im Jahre 2014 nicht mehr geltend machen könne, weil diese Forderung des Klägers gegen den Geschädigten, mangels verjährungsunterbrechender Maßnahmen gegenüber dem Geschädigten verjährt sei. Hierauf müsse sich der Geschädigte schadensmindernd berufen, gleiches Recht habe die Beklagte.

Wegen der Einzelheiten des Parteivortrags wird auf die gewechselten Schriftsätze Bezug genommen.

Die Klage ist am 23.12.2013 anhängig und am 10. Januar 2014 rechtshängig geworden.

## Entscheidungsgründe

Die Klägerin hat Anspruch auf Erstattung weiterer Mietwagenkosten i.H.v. 890,01 Euro gegen die Beklagte.

(1) Die Klägerin kann in den Schadensfällen 1-4 den ortsüblichen Normaltarif geltend machen, im Schadensfall 5 den Unfallersatztarif.

(a) Das Amtsgericht Stuttgart verkennt nicht, dass der Geschädigte nicht alleine gegen das Wirtschaftlichkeitsgebot verstößt, weil er ein Kraftfahrzeug zu einem Unfallersatztarif angemietet hat, der gegenüber dem Normaltarif teurer ist, soweit die Besonderheiten dieses Tarifs mit Rücksicht auf die Unfallsituation allgemein einen gegenüber dem Normaltarif hö-

heren Preis rechtfertigen, weil sie auf Leistungen des Vermieters beruhen, die durch die besondere Unfallsituation veranlasst und infolgedessen zur Schadensbehebung nach § 249 Abs. 2 S. 1 BGB erforderlich sind.

(b) Allerdings kann ein Geschädigter nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs nach § 249 Abs. 2 S. 1 BGB als erforderlichen Herstellungsaufwand nur den Ersatz der Mietwagenkosten verlangen, die ein verständiger, wirtschaftlich denkender Mensch in der Lage des Geschädigten für zweckmäßig und notwendig halten darf. Der Geschädigte hat nach dem aus dem Grundsatz der Erforderlichkeit hergeleiteten Wirtschaftlichkeitsgebot im Rahmen des ihm Zumutbaren stets den wirtschaftlicheren Weg der Schadensbehebung zu wählen. Das bedeutet für den Bereich der Mietwagenkosten, dass er von mehreren auf dem örtlich relevanten Markt – nicht nur für unfallgeschädigte – erhältlichen Tarifen für die Anmietung eines vergleichbaren Ersatzfahrzeuges (innerhalb eines gewissen Rahmens) grundsätzlich nur den günstigeren Mietwagenpreis verlangen kann. Darüber hinausgehende, mithin nicht erforderliche Mietwagenkosten kann der Geschädigte aus dem Blickwinkel der subjektbezogenen Schadensbetrachtung nur ersetzt verlangen, wenn er darlegt und erforderlichenfalls beweist, dass ihm unter Berücksichtigung seiner individuellen Erkenntnis- und Einflussmöglichkeiten sowie der gerade für ihn bestehenden Schwierigkeiten unter zumutbaren Anstrengungen auf dem in seiner Lage zeitlich und örtlich relevanten Markt kein wesentlich günstiger (Normal-) Tarif zugänglich war, vergleiche Bundesgerichtshof, Urteil vom 12.4.2011 – VI ZR 300/09.

(c) Unter Beachtung dieser Vorgaben hat der Kläger nur im Schadensfall 5 einen Anspruch auf einen Unfallersatztarif.

Dies ergibt sich aus den schriftlichen Angaben des Geschädigten [REDACTED] (Bl. 71).

Der Unfall ereignete sich Um 16:30 Uhr. Die Anmietung erfolgte um 17:30 Uhr. Das Fahrzeug des Geschädigten war nicht fahrbereit. Der Geschädigte war auf dem Weg nach Hause. Er benötigte ein Ersatzfahrzeug zum einen um ins Krankenhaus zu fahren, zum anderen um am nächsten Morgen zur Arbeit zu kommen.

Dieser Sachverhalt erfüllt die Anforderungen der höchstrichterlichen Rechtsprechung, vergleiche BGH, Urteil vom 5.3.2013 – VI ZR 245/11.

Anderes gilt im Schadensfall 2.

Hier ereignete sich der Unfall nach den schriftlichen Angaben des Geschädigten [REDACTED] [REDACTED] um 23:00 Uhr. Das Fahrzeug war fahrbereit. Der Geschädigte ist mit dem Fahrzeug am nächsten Morgen zur Arbeit gefahren. Die Anmietung des Ersatzfahrzeuges erfolgte erst nach Arbeitsschluss gegen 17:30 Uhr.

Bei einer Anmietung einen Tag nach dem Unfall kann eine Eil- oder Notsituation grundsätzlich nicht mehr angenommen werden, vergleiche BGH, Urteil vom 5.3.2013 – VI ZR 245/11.

(3) Dem geltend gemachte Anspruch im Schadensfall 1 kann die Beklagte eine im Jahr 2014 eingetretene Verjährung im Verhältnis zwischen Geschädigten und Kläger nicht entgegenhalten.

Hierfür findet sich im Gesetz keine Stütze.

Nach § 404 BGB kann der Schuldner, die Beklagte, dem neuen Gläubiger, dem Kläger, die Einwendungen entgegensetzen, die zur Zeit der Abtretung der Forderung gegen den bisherigen Gläubiger, den Geschädigten, begründet waren. Zum Zeitpunkt der Abtretung war die Forderung des Klägers gegen den Geschädigten jedoch noch nicht verjährt.

Die von der Beklagten vorgelegten Entscheidungen sind nicht einschlägig. Sie betreffen den Fall, dass der Geschädigte selbst Klage auf Ersatz bereits verjährter Mietwagenkosten erhebt. Hier hat der Geschädigte in der Tat keinen Schaden.

(4) Soweit sich die Beklagte gegen die Erforderlichkeit der Inanspruchnahme eines Mietwagens wegen zu geringer Fahrleistung wendet, kann dem ebenfalls nicht gefolgt werden. Nach allgemeiner Meinung ist die Inanspruchnahme eines Mietwagens ab einer Fahrleistung von 20 km am Tag gerechtfertigt.

(5) Den ortsüblichen Normaltarif schätzt der erkennende Tatrichter gemäß § 287 ZPO anhand des arithmetischen Mittels aus der Schwacke-Liste (arithmetische Mittel) und der Frauenhoferliste (Mittelwert) im maßgeblichen Postleitzahlengebiet erhöht – für den Fall

der Inanspruchnahme von Nebenleistungen – um die Kosten gemäß der Schwacke Nebenkostentabelle (arithmetisches Mittel).

(a) Die Bemessung der Höhe des Schadensersatzanspruchs ist in erster Linie Sache des nach § 287 ZPO besonders freigestellten Tatrichters. Sie ist revisionsrechtlich nur daraufhin überprüfbar, ob der Tatrichter erhebliches Vorbringen der Parteien unberücksichtigt gelassen, Rechtsgrundsätze der Schadensbemessung verkannt, wesentliche Bemessungsfaktoren außer Acht gelassen oder seiner Schätzung unrichtige Maßstäbe zu Grunde gelegt hat. Die Art der Schätzungsgrundlage gibt § 287 ZPO nicht vor. Die Schadenshöhe darf lediglich nicht auf der Grundlage falscher oder offenbar unsachlicher Erwägungen festgesetzt werden und ferner dürfen wesentliche, die Entscheidung bedingende Tatsachen nicht außer Acht bleiben. Auch darf das Gericht in für die Streitentscheidung zentralen Fragen auf nach Sachlage unerlässliche fachliche Erkenntnisse nicht verzichten. Gleichwohl können in geeigneten Fällen Listen oder Tabellen bei der Schadensschätzung Verwendung finden. Demgemäß hat der Bundesgerichtshof mehrfach ausgesprochen, dass der Tatrichter in Ausübung des Ermessens nach § 287 ZPO den "Normaltarifs" grundsätzlich auch auf der Grundlage des "Schwacke-Mietpreisspiegels" im maßgebenden Postleitzahlengbiet (gegebenenfalls mit sachverständiger Beratung) ermitteln kann. Dies bedeutet jedoch nicht, dass eine Schätzung auf der Grundlage anderer Listen oder Tabellen grundsätzlich rechtsfehlerhaft wäre. Die Eignung von Listen oder Tabellen, die bei der Schadensschätzung Verwendung finden können, bedarf nur der Klärung, wenn mit konkreten Tatsachen aufgezeigt wird, dass der geltend gemachte Mangel der Schätzungsgrundlage sich auf den zu entscheidenden Fall in erheblichem Umfang auswirkt. Der Tatrichter ist bei der Verwendung geeigneter Listen grundsätzlich frei. Insbesondere, wenn das Gericht berechtigte Zweifel an der Eignung einer Liste hat, kann es die Heranziehung einer bestimmten Liste ablehnen. Nach diesen Grundsätzen ist der Tatrichter weder gehindert seiner Schadensschätzung gemäß § 287 ZPO die Schwacke-Liste noch den Fraunhofer-Mietpreisspiegel zugrunde zu legen. Der Umstand, dass die vorhandenen Markterhebungen im Einzelfall zu deutlich voneinander abweichenden Ergebnissen führen können, genügt nicht, um Zweifel an der Eignung der einen oder der anderen Erhebung als Schätzungsgrundlage zu begründen. Demgemäß wird in der Rechtsprechung nach sorgfältiger Abwägung der Vor- und Nachteile der beiden Listen teils die Anwendung der Schwacke-Liste und teils dem Fraunhofer-Mietpreisspiegel der Vorzug eingeräumt, vergl. BGH Ur. v. 12.04.2011 - VI ZR

300/09.

(b) In Anwendung der höchstrichterlichen Vorgaben und angesichts der – viel diskutierten – Schwachpunkte die jede Liste für sich aufweist, ist es zur Auffassung des erkennenden Tatrichters sachgerecht, das arithmetische Mittel aus der Schwackeliste/arithmetisches Mittel und dem Fraunhofer Mietpreisspiegel/Mittelwert zu bilden und den tatsächlichen Anspruch genommen Nebenleistungen durch Zuerkennung der Kosten gemäß der Schwacke-Nebenkostentabelle (arithmetisches Mittel) Rechnung zu tragen.

(6) Dies führt zu folgender Berechnung in den einzelnen Schadensfällen:

a) Schadensfall 1:

Schwacke 2010/aritmetisches Mittel/10 Tage/Gruppe 6/Postleitzahlengebiet 382: Wochenpreis  $752 : 7 \times 10 = 1075,86$  Euro.

Frauenhofer 2010/telefonische Erhebung/Mittelwert/Postleitzahlengebiet 3: Wochenpreis  $251,22 : 7 \times 10 = 358,89$  Euro.

Mittelwert: 717,38 Euro.

Abzgl. 5 % ersparter Aufwendungen: 681,51 Euro.

Zuzüglich Zustellung/Abholung:  $2 \times 25, - = 731,51$  Euro.

Abzüglich bezahlter Euro 565, – ergibt als zuzusprechenden Betrag: 166,51 Euro.

b) Schadensfall 2 – Berechnung nach obigem Schema, allerdings mit Listen aus 2013:

Mittelwert abzüglich ersparter Aufwendungen: 817,48 Euro.

Zuzüglich Winterreifen i.H.v. 140,16 € und abzüglich bezahlter Euro 609,24 ergibt zuzusprechende Euro 348,40.

c) Schadensfall 3 – Berechnung wie oben, allerdings 3-Tagespreis:

Mittelwert abzüglich ersparter Aufwendungen: 278,36 Euro.

Zuzüglich Abholung und Zustellung i.H.v. 53,36 € ergibt zuzusprechende Euro 91,72.



Ein Anspruch auf Kosten für eine Vollkaskoversicherung ist nicht nachgewiesen. Der vorgelegte Mietvertrag (Bl. 16 der Akte) weist diese bestritten Position nicht aus. Zudem sind in beide Listen für das Jahr 2013 die Kosten bereits in den Pauschalen berücksichtigt.

d) Schadensfall 4 – Berechnung wie oben, jedoch Wochenpauschale:

Mittelwert abzüglich ersparter Aufwendungen: 346,45 Euro.

Zuzüglich Abholung und Zustellung i.H.v. 53,36 € abzüglich einer Zahlung i.H.v. 340, – Euro ergibt zuzusprechende Euro 59,81.

e) Schadensfall 5 – Berechnung wie oben:

Mittelwert abzüglich ersparter Aufwendungen und zuzüglich Zuschlag i.H.v. 20 Prozent wegen einer Eil- und Notsituation: 505,21 €.

Zuzüglich Abholung und Zustellung i.H.v. 53,36 € und abzüglich einer Zahlung i.H.v. 335, – Euro ergibt sich ein zuzusprechender Betrag i.H.v. 223,57 €.

Den Anspruch auf die Kosten für eine Vollkaskoversicherung hat der Kläger auch in diesem Schadensfall nicht zur Überzeugung des Gerichtes nachgewiesen. Der diesbezügliche Mietvertrag (Bl. 19 der Akte) enthält keine Kosten für die geltend gemachte Schadensposition.

f) Die Addition der zuzusprechenden Beträge ergibt die Summe von 890,01 €.

Dieser Betrag war unter Zuerkennung des gesetzlichen Verzugszinses zuzusprechen.

Im übrigen war die Klage abzuweisen.

(7) Die Kostenentscheidung stützt sich auf § 92 ZPO.

Die Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit richtet sich nach §§ 710 Nummer 11, 711 ZPO.

### Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen die Entscheidung kann das Rechtsmittel der Berufung eingelegt werden. Die Berufung ist nur zulässig, wenn der Wert des Beschwerdegegenstands 600 Euro übersteigt oder das Gericht des ersten Rechtszuges die Berufung im Urteil zugelassen hat.

Die Berufung ist binnen einer Notfrist von **einem Monat** bei dem

Landgericht Stuttgart  
Urbanstraße 20  
70182 Stuttgart

einzulegen.

Die Frist beginnt mit der Zustellung der vollständigen Entscheidung, spätestens mit Ablauf von fünf Monaten nach der Verkündung der Entscheidung.

Die Berufung muss mit **Schriftsatz** durch eine Rechtsanwältin oder einen Rechtsanwalt eingelegt werden. Die Berufungsschrift muss die Bezeichnung der angefochtenen Entscheidung und die Erklärung enthalten, dass Berufung eingelegt werde.

Die Berufung muss binnen zwei Monaten mit **Anwaltsschriftsatz** begründet werden. Auch diese Frist beginnt mit der Zustellung der vollständigen Entscheidung.

Gegen die Entscheidung, mit der der Streitwert festgesetzt worden ist, kann Beschwerde eingelegt werden, wenn der Wert des Beschwerdegegenstands 200 Euro übersteigt oder das Gericht die Beschwerde zugelassen hat.

Die Beschwerde ist binnen **sechs Monaten** bei dem

Amtsgericht Stuttgart  
Hauffstraße 5  
70190 Stuttgart

einzulegen

Die Frist beginnt mit Eintreten der Rechtskraft der Entscheidung in der Hauptsache oder der anderweitigen Erledigung des Verfahrens. Ist der Streitwert später als einen Monat vor Ablauf der sechsmonatigen Frist festgesetzt worden, kann die Beschwerde noch innerhalb eines Monats nach Zustellung oder formloser Mitteilung des Festsetzungsbeschlusses eingelegt werden. Im Fall der formlosen Mitteilung gilt der Beschluss mit dem dritten Tage nach Aufgabe zur Post als bekannt gemacht.

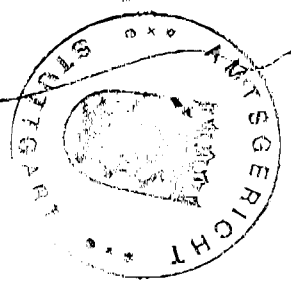
Die Beschwerde ist schriftlich einzulegen oder durch Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle des genannten Gerichts. Sie kann auch vor der Geschäftsstelle jedes Amtsgerichts zu Protokoll erklärt werden; die Frist ist jedoch nur gewährt, wenn das Protokoll rechtzeitig bei dem oben genannten Gericht eingeht. Eine anwaltliche Mitwirkung ist nicht vorgeschrieben.

Verkündet am 10.09.2014

Wieland, JHSekr'in  
Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

Ausgefertigt  
Stuttgart, 11.09.2014

Wieland  
Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle



## Schlagworte Urteilsdatenbank

- ☐ Anmietung außerhalb Öffnungszeiten
- ☐ Aufklärungspflicht Vermieter
- ☒ Pauschaler Aufschlag für Unfallersatz
- ☐ Direktvermittlung
- ☒ EE Eigensparnis-Abzug
- ☐ Erkundigungspflicht
- ☒ Geringfügigkeitsgrenze
- ☐ Zusatzfahrer
- ☒ Schwache-Mietpreisspiegel
- ☒ Fraunhofer-Mietpreisspiegel
- ☐ Gutachten
- ☐ Mietwagendauer
- ☐ NA Nutzungsausfall
- ☐ Rechtsanwaltskosten
- ☐ Zugänglichkeit
- ☒ Haftungsreduzierung/Versicherung
- ☐ Aktivlegitimation / RDG / Bestimmtheit der Abtretung
- ☐ Selbstfahrervermietfahrzeug
- ☐ Zeugengeld
- ☐ Grobe Fahrlässigkeit
- ☐ Polizeiklausel
- ☐ Schadenminderungspflicht
- ☐ Wettbewerbsrecht/-verstoß
- ☒ Zustellung/Abholung
- ☒ Winterreifen
- ☐ Navigation
- ☐ Automatik
- ☐ Anhängerkupplung
- ☐ Fahrschulausrüstung
- ☐ Kein Mittelwert Fraunhofer-Schwacke
- ☒ Mittelwert Fraunhofer-Schwacke
- ☒ Unfallersatztarif
- ☐ Anspruchsgrund
- ☒ Sonstiges
- ☐ Internetangebote